

## **Die Gründung des Verbandes der Freidenker der DDR von oben**

Autor: Dr. Eckhard Müller

Sehr geehrte Damen und Herren,

bei meinem Vortrag stütze ich mich auf Forschungen von Horst Groschopp<sup>1</sup>, auf unsere gemeinsame Publikation: Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988-1990)<sup>2</sup> und auf weitere Forschungsergebnisse.

Am Nikolaustag des Jahres 1988, dem 6. Dezember beschloss das SED-Politbüro einstimmig, eine neue parteiverbundene gesellschaftliche Organisation, den Verband der Freidenker der DDR, ins Leben zu rufen. Die letzte Innovation lag 35 Jahre zurück. 1954 war die URANIA, die Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse gebildet worden. Die öffentliche Bekanntgabe der beabsichtigten Gründung eines Verbandes der Freidenker der DDR (VdF) am 14. Januar 1989 im „Neuen Deutschland“ signalisierte, dass irgendetwas in der Gesellschaft nicht in Ordnung war.

Noch heute wird über den VdF geredet, als hätte er ein langes Leben gehabt und die ganze DDR-Zeit über existiert. Der VdF konstituierte sich im Juni 1989 und bestand bis Juni 1990, also in der Endphase der DDR. Zugleich wurde die Mär verbreitet, dass er in seiner Geschichte viel antikirchliches Unheil angestiftet habe. Die Ursachen für dieses negative Image liegen weniger in seinem tatsächlichen Wirken, sondern vornehmlich in den Umständen seiner Geburt und seiner Zweckbestimmung, die er in der DDR von der SED-Führung zugewiesen bekam in einer Zeit, da Reformen anstanden, aber schließlich eine „Wende“ eine friedliche Revolution, eine Währungs- und Sozialunion und der Beitritt der DDR zur BRD geschah. Im Osten wurden in der Folge neue Träger für Kindertagesstätten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und andere soziale Einrichtungen gesucht, denn freie Wohlfahrtsverbände gab es nicht. Das nutzten die Kirchen, indem sie nach dem Ende der DDR monopolartig durch die Caritas und die Diakonie soziale Dienste übernahmen bzw. aufbauten. Das Verdikt steht seit März 1990 fest, als ein unterstützendes geheimes Schreiben in der letzten Sitzung des „Runden Tisches“ beim Tagesordnungspunkt Auflösung des Amtes für nationale Sicherheit bekannt wurde, das vom Generalobersten der Staatssicherheit Rudi Mittig stammte, das Datum vom 30. Dezember 1988 trug und an alle Dienstseinheiten ging, den VdF, wie es in der DDR üblich war, bei der Kaderauswahl zu unterstützen, die Kader zu überprüfen und für die Staatssicherheit zu nutzen.<sup>3</sup>

Der Verruf blieb im politischen Gedächtnis haften. Seit dem Verlesen des Mittig-Befehls am „Runden Tisch“ am 12. März 1990 wird mit einer gewissen Regelmäßigkeit das Stasi-Verdikt nicht nur auf nahezu alle Tätigkeiten und Mitglieder des VdF pauschal

---

<sup>1</sup> Horst Groschopp: Der ganze Mensch. Die DDR und der Humanismus – Ein Beitrag zur deutschen Kulturgeschichte, Marburg 2013.

<sup>2</sup> Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive. Der Verband der Freidenker der DDR (1988-1990). Ein dokumentarisches Lesebuch, Aschaffenburg 2013.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 93-95.

übertragen. Es trifft auch immer mal wieder andere Organisationen mit freidenkerischen Bekenntnissen, gemeinsamen Traditionen oder lockeren „Verwandtschaften“, so auch den Humanistischen Verband Deutschlands (HVD) zum Beispiel Ende 2008. Der Vorwurf, auch der HVD stamme von diesem Homunkulus der SED ab, war willkommen, als in Berlin die Auseinandersetzungen „Pro Reli“ versus „Pro Ethik“ tobten.

Der Beschluss des PB der SED zur Gründung eines Verbandes der Freidenker am 6. Dezember 1988 mit dazugehörigen Statut, Personalausstattung, materiellen und finanziellen Ressourcen war ein Bruch der bisherigen Kirchenpolitik der SED. Die Sowjetunion und der KPD hatten 1943/45 gegenüber den Kirchen versprochen, einen Freidenkerverband in der SBZ nicht zu gestatten. Anträge zur Wiederezulassung nach Ende des zweiten Weltkrieges wurden von der SMAD und der SED abgelehnt.

Die SED übernahm hier die Haltung der KPD. Diese hatte im Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) in den sowjetischen Kriegsgefangenenlagern gegenüber deutschen Militärbischöfen 1944 einige Zusagen gemacht und zwar keine Wiederezulassung der Freidenker und die Gewährleistung der Freiheit der Kirchenrituale. Weiter wurde die Gültigkeit des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 anerkannt, woraus sich die staatlichen Finanzleistungen für die Kirchen ableiteten – auch in der DDR. Die Gesamtsumme von fast 630 Millionen DDR-Mark zahlte der Staat von 1949 bis 1989 regelmäßig, jährlich zwischen zwölf und am Ende zwanzig Millionen, auch wenn er in Zeiten von Konflikten mit den Kirchen die Geldmengen reduzierte.<sup>4</sup>

Die Kirchenpolitik der SED war geprägt wechselseitig von Repression und Dialog. Nach zeitweiser Neutralität nach dem Ende des zweiten Weltkrieges erhöhten sich schnell die Spannungen. In der Folge versuchte die DDR-Regierung aktiv und mit Repressionen den Einfluss der Kirchen insbesondere auf die Jugend zurückzudrängen. Zu nennen sind die Auseinandersetzungen z.B. 1952/53 mit der „Jungen Gemeinde“ und ab 1954 zur Einführung der Jugendweihe. Nach dem Mauerbau 1961 kam es nach einem Gespräch 1964 auf der Wartburg bei Eisenach zwischen Landesbischof Moritz Mitzenheim und Walter Ulbricht zu Zugeständnissen des Staates, so z. B. durch die Einführung eines Wehersatzdienstes ohne Waffen in Baueinheiten.<sup>5</sup> 1978 verständigten sich eine Delegation der Evangelischen Kirchenbundes in der DDR unter Leitung von Altbischof Schönherr und Erich Honecker in einem Spitzengespräch auf die seit 1971 diskutierte Formel „Kirche im Sozialismus“.<sup>6</sup> In der Folge wurden auch neue Kirchenbauten errichtet.

Für die SED-Führung war die innere Stabilität der DDR ein wichtiger Faktor, um die außenpolitischen Ziele zu erreichen, insbesondere ihre internationale Anerkennung. Ermutigt durch die Beschlüsse der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in

---

<sup>4</sup> Vgl. Horst Groschopp: Freidenker in Deutschland nach 1945, in: Ebenda, S. 11-22.

<sup>5</sup> Vgl. Peter Schicketanz: Die Reaktionen der Evangelischen Kirchen auf die Anordnung über die Aufstellung von Baueinheiten 1964-1966, in: Thomas Widera (Hg.): Pazifisten in Uniform. Die Bausoldaten im Spannungsfeld der SED-Politik 1964-1989, Göttingen 2004, S. 13-42.

<sup>6</sup> Vgl. Henning Pietzsch: Die Evangelische „Kirche im Sozialismus“. Christliche Botschaft versus ideologische Gleichschaltung? In: Zeitsprung. Sonderheft. Kirche in der DDR. Hrsg. Amt für kirchliche Dienste, Berlin 2009, S. 1-3.

Europa (KSZE) begannen sich Ende der 1970er/Anfang der 80er Jahre junge Menschen und kritische Intellektuelle in Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltfragen zu engagieren und in Helsinki-Gruppen zusammenzuschließen. Viele der in dieser Zeit entstehenden Gruppen suchten unter dem Dach der Kirche für ihre Anliegen nach Raum und Schutz. Denn der Staat verweigerte sich dem Dialog mit diesen Gruppen der „inneren Opposition“. Ihnen ging um eine freie Öffentlichkeit, um Meinungsfreiheit und ein stärker selbstbestimmtes Leben.

In einem Dokument unter dem Titel „Hinweise zu politische bedeutsamen Entwicklungen und Vorgängen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR“ aus der Kirchenabteilung des MfS vom 15. Juli 1981 wurde erklärt: „In zunehmenden Maße und mit erheblicher Intensität versuchen politisch negative Kräfte in den Kirchen der DDR, die Ergebnisse der sich in den letzten Jahren vollzogenen positiven Entwicklungen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen in der DDR rückgängig zu machen. Ihre Absichten sind darauf gerichtet, die Kirchen insgesamt auf einen Konfrontationskurs zu drängen, sich in innere staatliche Angelegenheiten einzumischen [...] Seit Jahren orientieren die Kirchen in ihrer Gesamtheit auf eine Ausweitung und Qualifizierung kirchlicher Jugendarbeit.“ Es wurde gefordert, dass kirchliche Amtsträger entsprechend ihrer politischen Haltung zur DDR, ihres Engagements im Friedenskampf, ihrer Einflussmöglichkeiten in den Gremien oder ihrer bisherigen ablehnenden oder antisozialistischen Stellung differenzierter behandelt werden sollten. Das bezog sich insbesondere auf Reisegenehmigungen ins NSW, die Erteilung von Genehmigungen für den Bau kirchlicher Objekte, die Druckgenehmigungen für Presseerzeugnisse und die Anwendung der Veranstaltungsordnung.<sup>7</sup>

In den 1980er Jahren verschärfen sich in der DDR die gesellschaftspolitischen Krisensymptome. Sie äußerten sich im wachsenden Rückstand auf technologischem Gebiet und bei der Arbeitsproduktivität, in der wachsenden Verschuldung gegenüber kapitalistischen Kapitalgebern, in dem Mangel an Innovationen und Investitionen in der Wirtschaft, in dem Verschleiß der Infrastruktur, in immer größerer ökologischer Belastungen, in der Zunahme des Kaufkraftüberhangs, in der Inkaufnahme der DM als eine zweite Währung (Intershop, Genex), in Versorgungskrisen, in der Verstärkung von Versuchen, systemkritisches und alternatives Gedankengut zu unterdrücken und in der Zunahme von Repressionsmaßnahmen gegenüber oppositionellen Kräften.<sup>8</sup>

Besuche maßgeblicher CDU-/CSU- und FDP-Politiker z.B. bei Pfarrer Eppelmann, der Bluesmessen organisierte und Vorhaben von SPD-Vertretern, direkten Kontakt mit den unabhängigen Gruppen in der DDR zu suchen, alarmierten die Führung der SED.

---

<sup>7</sup> Vgl. Joachim Heise: Kirchenpolitik am Scheideweg. Ein Dokument der Angst und der Ohnmacht, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), II/2009, S. 1136-138. Der oder die Urheber des Dokuments sind unbekannt.

<sup>8</sup> Vgl. Streng geheime interne Information des MfS „Hinweise über bedeutsame Aspekte der Reaktion der Bevölkerung“ vom 25 August 1988. In: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 36-38 und Heinz Niemann: Der Weg zur friedlichen Wende. Zur Krise der DDR und der SED, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Berlin), III/2010, S. 140/141.

Zugleich rumorte es auch ab 1986 in der Basis der SED selbst. Die Abneigung der Führung der SED gegenüber den von Gorbatschow eingeleiteten Reformbestrebungen wertete das Beispiel der Sowjetunion intern ab. Das „neue Denken“, Glasnost und Perestroika in der KPdSU und in der UdSSR sollten für die SED und die DDR nicht gelten. Aus dieser Abneigung resultierte u.a., dass das Mitglied des PB und Sekretär des ZK Kurt Hager im April 1987 Redakteuren des Hamburger Magazin „stern“ seine Meinung zu den unter Gorbatschow eingeleiteten gesellschaftlichen Veränderungen in der UdSSR ungewöhnlich deutlich mitteilte: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“<sup>9</sup> Gorbatschows Vorstellungen, die Theorie und Praxis der realsozialistischen Gesellschaftspolitik zu reformieren und seine Auffassung vom Bau eines gemeinsamen Hauses Europa stießen aber auf Zustimmung in der Bevölkerung der DDR. Es mehrten sich in Grundorganisationen der SED von künstlerischen und wissenschaftlichen Institutionen Auseinandersetzungen um die Grundlinien der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und um die Bewertung der Perestroika in der UdSSR, die oftmals in Parteiverfahren übergangen und in Parteiausschlüssen endeten.<sup>10</sup>

Anfang 1988 war das Verhältnis zwischen Kirche und Staat nach dem Überfall des MfS im Herbst 1987 auf die Umweltbibliothek in der Berliner Zionskirche, wo Umweltblätter und die oppositionelle Zeitschrift „Grenzfall“ gedruckt wurden, auf einem Tiefpunkt angekommen. Insbesondere die evangelische Kirche bot für zahlreiche Bürgerrechtler und Ausreisewillige einen Schutzschirm. Sie konnten hier ihre Forderungen öffentlich vortragen. Im Januar 1988 hatte die SED-Führung bei und nach der Demonstration zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht versucht, demokratische Prozesse mit administrativen Mitteln wie Verhaftungen und Ausweisungen von Ausreise-Antragstellern und von Bürgerrechtlern zu bekämpfen. Mit dem Zitat von Rosa Luxemburg „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ aus ihrer prophetischen Schrift „Zur russischen Revolution“ von 1918<sup>11</sup> wollten sich Oppositionelle an der Demonstration beteiligen.

Was Monate zuvor vielleicht noch schweigend hingenommen worden wäre, löste nun aber eine unerwartete Solidarisierung aus. Im Laufe des Jahres 1988 stand in den Sitzungen des Politbüros der SED die Frage des Umgangs mit Andersdenkenden mehrfach zur Debatte. In einer Information des Zentralrates der FDJ an das Politbüro vom 2. Februar 1988 wurde eingeschätzt: „Bestimmte kirchliche Kreise haben in ihrem Bemühen, den Einfluss auf die Jugend zu erhöhen, Formen der Jugendarbeit entwickelt, die nicht mit

---

<sup>9</sup> Neues Deutschland (Berlin) vom 10. April 1987.

<sup>10</sup> Vgl. Referat von Werner Müller, stellvertretender Vorsitzender der zentralen SED-Partei-Kontrollkommission, über die Arbeit der Partei-Kontrollkommission der SED bei der Durchführung von Parteiverfahren vom 31. Januar 1989, in: Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), Stasi Mediathek, MfS, SED-Kreisleitung, Nr. 4575, Bl. 496-552.

<sup>11</sup> Die vollständige Passage lautet: „Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei – mögen sie noch so zahlreich sein – ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden. Nicht wegen des Fanatismus der ‚Gerechtigkeit‘, sondern weil all das Belebende, Heilsame und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung versagt, wenn die ‚Freiheit‘ zum Privilegium wird.“ Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, in: Gesammelte Werke, Bd. 4, 6. Aufl., Berlin 2000, S. 359.

Religionsausübung zu tun haben. Sie knüpfen insbesondere an Freizeitinteressen der Jugendlichen an. So werden Punkkonzerte, Schriftstellerlesungen, Ferienlager, touristische Veranstaltungen und Vorträge, u. a. zur Militärpolitik, durchgeführt. Zur Gewinnung von Jugendlichen für derartige Aktivitäten wurden teilweise bedeutende materiell-technische Bedingungen geschaffen.“<sup>12</sup>

In dem Maße, wie in den 1980er Jahren kirchliche Einrichtungen von den Helsinki-Gruppen politisch genutzt wurden und sich Kirchenfunktionäre politisch äußerten, entstand in der SED-Führung die Idee einer parteinahen Freidenkerbewegung. Beim Verantwortlichen für Kirchenfragen im Politbüro, Werner Jarowinsky, wurden im Februar und September 1988 Dokumente mit Generalkritiken an den Kirchen erarbeitet, die auch als Orientierungen an die Kirchenabteilung des MfS gingen. Das Papier vom Februar 1988 trug Honecker beim Gespräch mit Bischof Leich am 3. März vor. Im Gespräch kritisierte Leich den Umgang der staatlichen Behörden mit Andersdenkenden und forderte zum Umdenken auf. Es gibt noch nicht eindeutig verifizierte Informationen und Erinnerungen, dass wenige Wochen nach diesem Gespräch Erich Honecker den Auftrag erteilt habe, einen Freidenkerverband zu gründen. Ein Beleg dafür fehlt, zumal der Bestand der ZK-Abteilung Propaganda ab 1971 in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv z. Zt. erschlossen wird und nicht benutzbar ist. Ein Archiv des VdF scheint verschollen zu sein.<sup>13</sup>

Vom 16. bis 20. September 1988 fand in Dessau eine Synode des Evangelischen Kirchenbundes statt. Dort und auf der zweiten Ökumenischen Session in Magdeburg im Oktober wurde deutliche Klage am politischen System der DDR laut und politische Reformen gefordert. Mit einer „Konzeption zur offensiven Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung im Verantwortungsbereich Kirchen und Religionsgesellschaften“ reagierte die SED-Führung. In dem internen Jarowinsky-Papier von September 1988 wurde vorgeschlagen: „Auseinandersetzung mit der Religion bis hin zu verstärkter atheistischer Propaganda, von Kirchenaustritten und Organisierung neuer Formen des Freidenkertums. Auf diese Weise sollte wohl Zugang zu den Bürgerrechtsgruppen gewonnen werden. Noch war nicht an einen speziellen Verband gedacht, aber es folgte danach Passage: „Es sind geeignete Kräfte auszuwählen, vorzubereiten und einzusetzen, die auf der Grundlage von entsprechenden Hinweisen des MfS an die Bezirks- und Kreisleitungen der SED tätig werden.“<sup>14</sup>

Auf der Tagung des PB am 15. November 1988 informierte Erich Honecker über sein Treffen am 10. November mit Wolfgang Schäuble, damals Kanzelamtsminister bei Helmut Kohl. In den handschriftlichen Aufzeichnungen von Egon Krenz über diese Politbürositzung sind Äußerungen Honeckers und anderen PB-Mitglieder überliefert, dass eine kämpferische Situation bestehe. Kritik gab es in der Sitzung an der neuesten Ausgabe

---

<sup>12</sup> Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/ IV 2/2. 039/58, Büro Krenz.

<sup>13</sup> Vgl. Eckhard Müller: Bericht zur Quellenrecherche und Einrichtung der Dokumentation, in: Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive ..., S.56-60.

<sup>14</sup> Ebenda, S. 78.

der Novemberausgabe der deutschsprachigen Monatszeitschrift „Sputnik“. Themen dieser Ausgabe waren u.a. der Hitler-Stalin-Pakt und seine geheimen Zusatzabkommen von 1939 und die stalinhörige KPD der 1920er Jahre. Honecker erklärte, dass für die Verbrechen Stalins nicht die SED, sondern die KPdSU verantwortlich sei. Es gelte, ideologisch wieder in der Offensive zu kommen. Das Buch „Weltall, Erde, Mensch“ für die Teilnehmer an der Jugendweihe sei zu überarbeiten und ein Freidenkerverband solle zum Hauptinhalt seiner Arbeit die Propagierung des Atheismus machen.<sup>15</sup>

Eine weitere Verschärfung erfuhr die innenpolitische Situation in der DDR mit dem Verbot des „Sputnik“ Mitte November 1988 sowie durch die Absetzung von fünf sowjetischen Spielfilmen vom Spielplan der Kinos. Gegen diese Maßnahmen regte sich heftiger Protest.<sup>16</sup> Walter Friedrich, Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, sandte am 21. November eine vertrauliche Expertise an Egon Krenz mit dem Titel „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“. Darin war die Rede von Mentalitätswandel und postmaterialistischen Wertorientierungen in der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, von der Ablehnung der FDJ-Arbeit und vom Drängen nach Teilnahme an demokratischen Prozessen, von Kritik an „Obertanen“ und an dem „preußisch-zentralistischen Geist“, der hier seine „tiefen Wurzeln“ geschlagen habe, sowie von immer mehr Zweifeln „an der Überlegenheit des Sozialismus“, wobei die „Nichtöffnung in Richtung der Perestroika-Strategie“ noch alles zuspitzte.<sup>17</sup>

Die Abteilung Propaganda des ZK der SED arbeitete zur Politbürositzung am 6. Dezember 1988 eine Beschlussvorlage zur Bildung eines Verbandes der Freidenker der DDR von oben aus und Joachim Herrmann reichte sie ein. Die Politbüro der SED beschloss in seiner Sitzung unter Tagesordnungspunkt 17 eine vorweihnachtliche Überraschung der eigenen Partei, des Staates, der anderen „Blockparteien“, der „Massenorganisationen“, der Kirchen, wohl auch großer Teile der Staatssicherheit und vor allem der Bevölkerung einen Verband der Freidenker der DDR (VdF) ins Leben zu rufen.<sup>18</sup> Vorrangiges Ziel des VdF sollte die Verbreitung einer auf dem wissenschaftlichen Atheismus begründeten freigeistigen Weltanschauung sein. Der Ministerrat der DDR folgte im angemessenen Abstand und vollzog den Beschluss bis zum 23. Dezember 1988 im Umlaufverfahren ohne Diskussion nach.<sup>19</sup> In der Zwischenzeit stellte die Parteiführung über ein Schreiben an die ersten Bezirkssekretäre<sup>20</sup> und die ZK-Abteilung Propaganda den Beschluss „stabsmäßig“ nach unten durch – und die SED ihre Kirchenpolitik auf den Kopf.

Der Brief des PB vom 22. Dezember 1988 war als „Vertrauliche Verschlussache“ deklariert und sollte mündlich den 1. Kreissekretären übermittelt werden. Er trug die Überschrift

---

<sup>15</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/ IV 2/2. 039/67, Büro Krenz.

<sup>16</sup> Vgl. „Hinweise zu einigen bedeutsamen Aspekten der Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Streichung der Zeitschrift ‘Sputnik’ von der Postvertriebsliste der DDR“, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 53-57.

<sup>17</sup> Vgl. Ebenda, S. 39-53.

<sup>18</sup> Vgl. Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive ..., S.80-85.

<sup>19</sup> Vgl. Ebenda, S. 91-92.

<sup>20</sup> Vgl. Ebenda, S. 86-90.

„Zur Bildung des Verbandes der Freidenker der DDR (VdF)“ und es hieß in ihm: „Der Verband soll beitragen, Aktivitäten bestimmter Kreise der Kirche zu begegnen, die in letzter Zeit den Versuch unternehmen, den verfassungsmäßigen Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche auszuhöhlen, indem sie gegen Recht und Gesetz die Glaubensfreiheit dazu missbrauchen, sich unter dem Deckmantel der Kirche gegen die Politik unseres sozialistischen Staates zu wenden. Insbesondere bestimmte Kreise der evangelischen Kirche, aber auch anderer Religionsgemeinschaften haben in den vergangenen Jahren die Bemühungen verstärkt, ihren Einfluss unter Teilen der Jugend zu vergrößern... Es wird behauptet, der Sozialismus verstehe zu wenig vom Menschen und habe insgesamt ein ‚Sinndefizit‘.“<sup>21</sup> Am 30. Dezember 1988 folgte dann der schon genannte Befehl des MfS-Generalobersten Mittag. In Papieren der Kirchenabteilung des MfS wird im Februar 1989 der VdF nach der Satzung als eine bürgerliche Organisation gekennzeichnet, die aber nicht zum Sammelbecken für oppositionelle Kräfte werden dürfe. Demzufolge wurde geplant, die Mitgliederbewegung aufs sorgfältigste zu beobachten.<sup>22</sup>

In der Sitzung des Zentralrats der FDJ am 3. Januar 1989 wurde der Beschluss des Politbüros der SED vom 6. Dezember 1988 zur Bildung eines Verbandes der Freidenker der DDR begrüßt und eine Information zur Geschichte der Freidenkerbewegung vorgetragen.<sup>23</sup> Am 12. Januar instruierte Klaus Gäbler, Leiter der ZK-Abteilung für Propaganda, die Sekretäre der Abteilungen für Agitation und Propaganda der Bezirksleitungen der SED über die Aufgaben, Ziele und Arbeitsweise des neuen Verbandes. Im Februar und März 1989 seien in den Bezirken und Kreisen Arbeitsausschüsse zu bilden und die Sekretäre für Agitation/Propaganda der Bezirksleitungen sollten Kadervorschläge an Günter Schneider, stellvertretender Leiter der ZK- Abteilung Propaganda einreichen.<sup>24</sup>

Einen Tag später, am 13. Januar 1989 konstituierte in Berlin sich unter dem vom PB designierten Vorsitzenden Helmut Klein, Altrektor der HU und Methodiker des Mathematikunterrichts, ein „Arbeitsausschuss für die Bildung eines Verbandes der Freidenker der DDR“. Es wurde erklärt, dass der neue Verband das Ziel verfolge, „die wissenschaftliche dialektisch-materialistische Weltanschauung unter der Bevölkerung zu verbreiten und alle zu erreichen, die sich um die Klärung philosophischer, weltanschaulicher und ethischer Fragen von einer nichtreligiösen Position aus bemühen“.<sup>25</sup> In der vorgelegten Satzung wurde von „freigeistiger Weltanschauung“ gesprochen, was für Irritationen und Diskussionen führte. Nach eigenem Bekunden wollte der Verband der Freidenker der DDR „im umfassenden Sinne des Wortes“ auch „Lebenshilfe“ leisten, nämlich den Bürgern mit „Rat und Tat“ helfen, „komplizierte

---

<sup>21</sup> Vgl. Ebenda, S. 88.

<sup>22</sup> Vgl. Abschnitt „Die SED-Freidenker“, in: Ilko-Sascha Kowalczyk: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009, S. 304-307.

<sup>23</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 24/14479, Bd. 44, Nr. 143.

<sup>24</sup> Vgl. Andreas Zimmer: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR. Eine ostdeutsche Kulturvereinigung im Wandel der Zeit zwischen 1945 und 1990, Wiesbaden 2019, S. 532.

<sup>25</sup> Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive ..., S. 96. Vgl. auch den Abschnitt „Verband der Freidenker“, in: Gerd Dietrich: Kulturgeschichte der DDR. Band III: Kultur in der Konsumgesellschaft 1877-1990, Göttingen 2018, S. 2057- 2061.

Lebenssituationen, wie zum Beispiel Krankheit, Tod naher Angehöriger, Einsamkeit, Probleme des Alters“, zu bewältigen. Keinesfalls sollte die neue Organisation den Anti-Kirchenkampf aus den 1920er Jahren neu beleben. Dem Arbeitsausschuss gehörten 43 Natur- und Gesellschaftswissenschaftler, Mediziner, Pädagogen und Kulturschaffende an. Ich möchte darauf hinweisen, dass in unserem „Dokumentarischen Lesebuch“ über den VdF die lebhafteste Diskussion auf der Tagung des Arbeitsausschusses eingehend geschildert wird.<sup>26</sup> Die danach allerorten einsetzende Betriebsamkeit verband sich von Beginn an mit Fragen wie: Was ist das? Was soll das? Gerade in der SED war die Skepsis groß – durfte man hier mitmachen, sollte man dies sogar?

In einem Brief des Partejournalisten Harri Czepuck, der aus einer Freidenkerfamilie stammte, an Kurt Hager vom 23. Januar 1989 hieß es, dass er mit großem Interesse die Nachricht über die Gründung eines Verbandes verfolgte und er erklärte: „Ich habe es seit langem bedauert, dass vor allem in den letzten Jahren zwanzig Jahren keine massenwirksame weltanschauliche Auseinandersetzung mit dem immer größer werdenden religiösen und kirchlichen Einfluss bei uns, wie auch in anderen sozialistischen Ländern mit den geradezu tragischen Folgen auf politisch-ideologischen Gebiet stattfindet. [...] Eine Freidenkerorganisation in der heutigen, konkret auf die DDR zugeschnittene Situation dürfte weder in Diskutierklubs à la Varnhagen ihr Dasein fristen, noch zur Vereinsmeierei bei Freud und Leid führen, geschweige denn geplantes Organisationsdenken demonstrieren, wo alles von der Wiege bis zur Bahre – sprich Feuerbestattung – wie am Schnürchen klappt. Eine solche Organisation müsste sich heute bewusst und deutlich als Gegenpol zu Kirchen und Religionsgemeinschaften verstehen ...“<sup>27</sup>

Eine Arbeitsgruppe des ZK analysierte ca. 1600 Zuschriften an den Arbeitsausschuss, die bis Mitte Februar 1989 eingegangen waren. Als inhaltliche Schwerpunkte zeichneten sich dabei ab, Fragen zum Organisationsaufbau, zum Mitgliederleben, zum Verhältnis des Verbandes zur SED, zu Formen und Methoden der Lebenshilfe, zu Methoden des Streitgesprächs ohne Enge und ohne Tabus und zu aktuellen Ursachen der Gründung des Verbandes.<sup>28</sup>

Die Konstituierung des Verbandes der Freidenker der DDR erfolgte am 7. Juni 1989 in Berlin. Der Verband soll im Verlaufe des Jahres 1989 ca. 11000 Mitglieder umfasst haben. Die Federführung hatte nach wie vor die Abteilung Propaganda des ZK. Zuvor hatte Günter Schneider am 25. Mai vor den Verantwortlichen für Propaganda der Bezirke zu Referat, Wahlen zu den Organen und die Vorbereitung der Teilnehmer am 1. Verbandstag sowie zur Durchführung der Bezirks- und Kreiskonferenzen Instruktionen gegeben. Dabei

---

<sup>26</sup> Vgl. Horst Groschopp: Notgeburt per „vertraulicher Verschlussache“, in: Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive ..., S. 44-51, 241-246 und Dietrich Mühlberg: Welche sozialkulturellen Defizite Ende der 1980er Jahre zur Gründung des Freidenkerverbandes in der DDR führten, in: humanismus aktuell. Säkulare Geschichtspolitik. Hefte für Kultur und Weltanschauung, Heft 20, Berlin 2007, S. 101-104.

<sup>27</sup> SAPMO-BArch, DY 30/26305, Büro Hager.

<sup>28</sup> Vgl. BStU, Zentralarchiv, MfS – HA XX/AKG, Nr. 622, Bl.75, Kopie in: Kulturhistorisches Archiv des HVD, LV Berlin-Brandenburg, KdÖR, VdF 2.

unterstrich er, dass Kooperation mit den Kirchen besser sei als Konfrontation und er bezog sich in der Frage des Verhältnisses zur Kirche auf das Spitzengespräch Honeckers mit den Kirchenvertretern im Jahre 1978.<sup>29</sup>

In der zentralen Studie „Kirche im Sozialismus und ihre Perspektiven“ des Institutes für Marxistisch-Leninistische Philosophie bei der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED von Juni 1989 zur Vorbereitung des 1990 geplanten XII. Parteitagess wurde die Langlebigkeit der Religionen und die dauerhafte Existenz der Kirchen als alternativlos herausgearbeitet. Die Wahrnehmung eines „Wächteramtes“ durch die Kirchen sei zwar konsequent zurückzuweisen, es gelte jedoch, ihr Konzept der „kritischen Solidarität“ in der ihr eigenen Mehrdeutigkeit zu nutzen.<sup>30</sup>

Im Heft 3/1989 der vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED herausgegebenen Zeitschrift „Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ veröffentlichte dessen Chefredakteur Fritz Zimmermann einen Artikel über Max Sievers – Freidenker und Antifaschist. Sein Wirken im Exil. In das 1970 erschienene „Biographisches Lexikon“ zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung war Sievers, der 1943 von der Nazijustiz wegen Hochverrat mit Feindbegünstigung zum Tode verurteilt und im Januar 1944 hingerichtet wurde<sup>31</sup>, nicht aufgenommen worden.

Dort, wo der VdF spontane Mitgliederzuwächse aus der Bevölkerung verzeichnete, kamen diese meist aus dem pädagogischen, vor allem aber aus dem medizinischen Bereich. Das verwies auf wirkliche soziale Bedürfnisse. Solche Formen der Arbeit in Aktionsgruppen, wie der Besucherdienst in Alters- und Pflegeheimen, öffentliche Sprechstunden in Einrichtungen der Volkssolidarität, Telefon/Briefkasten des Vertrauens oder auch die Organisation von Selbsthilfegruppen von Eltern geschädigter Kinder, Arbeitsgruppen Ehe- und Familienprobleme, Seminare für Behinderte oder Geschädigte und deren Angehörige, Arbeitsgruppen homosexueller Bürger verdeutlichten eingeleitete erste Schritte.<sup>32</sup> Diese Orientierung wiederum schob ein nützliches praktisches Aufgabenfeld in den Vordergrund, die Lebenshilfe. Die meisten Bürger, die in den VdF eintraten, arbeiteten sehr schöpferisch am Aufbau eines praktischen Humanismus mit und sie hatten wenig Interesse an ideologischer Arbeit. Doch wie sollte sich dieses zum Kernauftrag verhalten, der weltanschaulichen Erziehung?

Die initiierte Bewegung von oben nach unten entfaltete rasch ein Eigenleben, besonders an der Basis, die diversen Interessengruppen Foren anbot, Räume stellte und Menschen mit bisher unbekanntem Bedürfnissen anzog. Ein umfangreiches Papier zur „Lebenshilfe“ wurde erstellt. Das Konzept lief auf den breit angelegten Aufbau einer ethischen Beratung in komplizierten Lebenssituationen hinaus, auf das Etablieren einer „weltlichen Seelsorge“ vor allem in Polikliniken, Krankenhäusern, Feierabendheimen, Beratungsstellen und Rehabilitationszentren, aber auch durch Ratgeberliteratur und

---

<sup>29</sup> Vgl. Andreas Zimmer: Der Kulturbund in der SBZ und in der DDR ..., S. 534.

<sup>30</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/26284, Büro Hager.

<sup>31</sup> Vgl. Kulturhistorisches Archiv des HVD, LV Berlin-Brandenburg, KÖdR, F 107/1, F 107/2, 107/3 und F 127.

<sup>32</sup> Vgl. Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive..., S. 48/49.

medienvermittelte Beratungen, mit einem sehr aufgeklärten Verständnis von „Lebenshilfe“. Praktische Lebenshilfe war in der DDR keineswegs ein Tabuthema. Das Papier zur AG „Lebenshilfe“ dehnte nun den Kreis der „Betroffenen“, die Adressaten einer lebenshelfenden Freidenkerarbeit sein sollten, enorm aus. Der VdF beförderte auf diese Weise den Abschied von der Illusion einer homogenen Menschengemeinschaft. Im Januar 1990 konnte registriert werden, dass in fast allen Bezirken und Kreisen der DDR sich im VdF Arbeitsgruppen „Lebenshilfe“ gebildet hatten und thematische Sprechstunden durchführten, so in Gera und Jena über gesundes Leben, in Demmin, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, für Alleinstehende und Alkoholranke. In Cottbus und Weißwasser, in Karl-Marx-Stadt, in Potsdam, Magdeburg und Weimar wirkten Selbsthilfegruppen u.a. für Rollstuhlfahrer, Alkoholranke, Eltern geschädigter und behinderter Kinder, krebskranker Bürger. In Gera, Frankfurt/Oder, Neustrelitz und Saalfeld gab es Briefkästen und Telefone des Vertrauens des VdF. In Berlin, Leipzig, Gera, Potsdam, Rostock, Dresden, Halle und anderswo wurden Gruppen homosexueller Bürger in den VdF integriert, wie die Gruppe „Courage“, Freundeskreis, Rosa-Archiv“. Konzeptionen für Sozialhilfe-Zentren mit individueller Beratung, Prophylaxe, Therapie durch Sozialtherapeuten und Sozialarbeitern entstanden.<sup>33</sup>

Als weitere Arbeitsgruppen neben „Lebenshilfe“ wurden im VdF gebildet: „Weltanschauung“, „Geschichte“, „Verbandsleben“, „Kulturarbeit“, „Fest- und Feiergestaltung“, „Bildung und Erziehung“. Ein „Fachverband für weltliche Bestattungs- und Trauerkultur“ konstituierte sich Ende März 1990 im VdF, dem sich etwa 300 Sprecher anschlossen. Weiter sollte es einen Redaktionsbeirat für das ab Dezember 1989 erscheinende „Freidenker-Journal“ geben. Es sollten Traditionen gepflegt werden wie Sonnenwendfeiern, Bergsingen, Volksmusik, Handwerk, sogar „Volksmedizin“. Es fehlte aber die Jugendweihe. Der Zentrale Jugendweiheausschuss seinerseits war nicht gewillt, sein auf ihn übertragenes Monopol dieses Passagerituals auf- und Kompetenzen an den VdF abzugeben. Er betonte in der Folge, er sei es, der freidenkerische Traditionen fortsetze.

Auf Vorschlag des VdF fand am 13. Februar 1990 ein Gespräch mit dem Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR statt, wobei Präsident Helmut Klein erklärte, dass für den Verband der Grundsatz der Trennung vom Staat ebenso gültig ist wie für die Kirche. Bei den zu erwartenden sozialen Notständen werde der VdF auch den Dialog mit den Kirchen suchen.<sup>34</sup>

Die letzte (versuchte) Offensive der SED, die Gründung des VdF, war als große „Materialschlacht“ um die weltanschaulichen Positionen der DDR- Bevölkerung angelegt. Als alle anderen Massenorganisationen der DDR im Herbst 1989 schon längst ihre Führungen ausgewechselt hatten oder damit noch beschäftigt waren, setzte der VdF auf Kontinuität. Der Verband versuchte, sich selbst als Teil der Opposition und Verfechter der Demokratie darzustellen.

---

<sup>33</sup> Vgl. Freidenker Informationen Jan.90. 3. Tagung des Zentralvorstandes – Identitätsbestimmung des Verbandes, in: Kulturhistorisches Archiv des HVD, LV Berlin-Brandenburg, KdÖR, VdF 1.

<sup>34</sup> Vgl. Freidenker Rundbrief märz '90, in: Ebenda.

Ab Dezember 1989 war sowieso alles anders. Die Mauer war am 9. November gefallen, die führende Rolle der SED aus der Verfassung gestrichen und am 3. Dezember das Politbüro sowie das Zentralkomitee zurückgetreten, das freie Denken und Reden eingeführt worden. Die hauptamtliche Führung des VdF bemühte sich, mit dem Tempo der Veränderungen Schritt zu halten, doch immer, wenn sie eine Position gefunden hatte, änderten sich wenige Tage darauf die Umstände und machten die Position obsolet.<sup>35</sup>

Freidenker galten, besonders nach der Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März 1990 als dreifach schwer belastet – als Mitglieder einer SED-Gründung, als Kirchenfeinde und als „Stasi“. Nun gab es in der DDR nichts, was sozusagen ohne „Stasi“ stattfand – auch die in der Noch-DDR entstandene Opposition machte hier traurige und traumatische Erfahrungen, die sich teils bis heute fortschleppen. Urteile in der „Wende“ haben sich tradiert bis in die Gegenwart.

Der Diakon und Historiker Ehrhart Neubert wertete in seinem Beitrag im Band V der Enquete-Kommission des Bundestages zum Punkt „Christliche-kulturelle Traditionen im Alltagsleben der DDR und im vereinten Deutschland Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ auf Seite 751: „Als die SED 1988 die Krise ihrer Herrschaft wahrnahm, unternahm sie noch einmal einen Versuch, die Kirchen zu schwächen, obwohl inzwischen weniger als 25 % der Bevölkerung in einer Kirche waren. Sie initiierte einen vom MfS kontrollierten ‘Freidenkerverband’, der die sozialpsychologischen bzw. seelsorgerischen Funktionen der Kirche beerben sollte. Zu einer Massenorganisation konnte der Freidenkerverband allerdings nicht mehr werden, da die SED bald darauf ihre Macht verlor.“<sup>36</sup>

Mitte 1990 sollen noch 3400 Mitglieder dem VdF angehört haben. Am 23./24. Juni 1990 versammelten sich ihre Delegierten auf dem 2. Verbandstag des VdF in Dresden, um den Rechtsnachfolger zu gründen, den Deutschen Freidenker-Verband [der DDR]. In den Programmatischen Leitsätzen wurde auf den Begriff „materialistische Weltanschauung“ verzichtet und der Freidenkerverband wurde auf eine tätige Humanität verpflichtet. Das war eine Weichenstellung.

Für unseren Gegenstand ist wichtig, dass der Deutsche Freidenker-Verband, 1933 verboten, 1951 in der Bundesrepublik wieder gegründet wurde. In Berlin war allerdings bereits im Sommer 1947 ein Ausschuss von Freidenkern entstanden, der entsprechende Aktivitäten entfaltete, Jugendweihen durchführte und einen Freidenkerverband Groß-Berlin vorbereitete, der dann am 20. Juni 1949 gegründet wurde.<sup>37</sup> In den 1970ern völlig trennten sich die Westberliner Freidenker vom DFV, Sitz Dortmund und erklärten sich zum Deutschen Freidenkerverband, Sitz Berlin.<sup>38</sup>

---

<sup>35</sup> Vgl. Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive ..., S. 188-189.

<sup>36</sup> Vgl. auch Ehrhart Neubert: Und trotzdem überlebt. Evangelische Kirche in Ostdeutschland – im, gegen und ohne Sozialismus, in: Zeitsprung. Sonderheft. Kirche in der DDR. Hrsg. Amt für kirchliche Dienste, Berlin 2009, S. 4-6.

<sup>37</sup> Vgl. Kulturhistorisches Archiv des HVD, LV Berlin-Brandenburg, KdÖR, F 40, F 80, F 91, F 96, F 119 und F 126.

<sup>38</sup> Vgl. Ebenda, F 119 und F 126 und Manfred Isemeyer: Freigeistige Bewegungen in der Bundesrepublik 1945 bis 1990, in: humanismus aktuell. Säkulare Geschichtspolitik ..., Heft 20, Berlin 2007, S. 84-95.

Für den DDR-Freidenkerverband bedeutsam wurde diese Trennung durch erforderliche Richtungsentscheidungen ab Sommer 1990, für oder gegen den Dortmunder DFV, besonders, nachdem der DFV, Sitz Berlin den VdF in einem Offenen Brief Ende März 1990 zur Selbstauflösung wegen der Beteiligung des MfS an Organisation und Kaderauswahl des Verbandes aufgefordert.<sup>39</sup> Der Vorsitzende des Kreisverbandes Nauen Volker Mueller antwortete am 18. April 1990 auf diesen Brief u.a.: „Der Stasi-Befehl hat uns sehr erschüttert. Wir distanzieren uns als Kreisverband von jenen geplanten Machenschaften, die aber nicht mehr gegriffen haben [...] Nicht das MfS hat den VdF aufgebaut, sondern wir haben dies getan. Es schlägt uns ins Gesicht, uns nur als Ziehkind der SED und gar als Spitzelapparat der Stasi anzusehen.“<sup>40</sup> In einem Artikel des „Sächsischen Freidenkers“ wurde erklärt, dass „der Verband der Freidenker in mehrfacher Hinsicht eine andere Gestalt erhielt, als es sich die damalige Parteiführung und wie es sich vor Monaten herausstellte, auch das Ministerium für Staatssicherheit gewünscht hätten. Fakt ist, dass der Gründungsprozess des Verbandes zum Teil kurz vor der Wende in fast allen Kreisen Sachsens erst im September, meist im Oktober stattfand. Ob und in welchem Umfang das Ministerium für Staatssicherheit noch dazu kam, sich speziell mit dem Verband der Freidenker zu befassen, ist uns nicht bekannt. In einem vor Monaten bekanntgewordenen MfS-Befehl steht nichts, was nicht für jede andere legale oder nichtlegale Organisation auch schon vorher formuliert worden war. Trotz alledem ist es uns jedenfalls gelungen, im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen Systems Freiräume für eine offene, kritische Diskussion zu schaffen, für ein Nachdenken über notwendige Veränderungen, und es ist uns auch gelungen, uns nicht als ‚Kampfgruppe‘ gegen die Religionsgemeinschaften missbrauchen zu lassen. Mehr haben wir allerdings in der kurzen Zeit nicht erreichen können.“<sup>41</sup>

In einem Beschluss des Landesvorstandes des DFV, Sitz Berlin vom 2. Mai 1990 unter dem Titel „Die nächsten Schritte auf dem Wege zu einer einheitlichen und humanistischen Interessenvertretung der Konfessionslosen“ wurde Kooperation unter der Bedingung zugesichert, dass der VdF öffentlich und glaubwürdig Rechenschaft über seine Gründungsphase ablegt und sich eine neue demokratisch legitimierte Verbandsstruktur gibt.<sup>42</sup>

Am 8. November 1990 beschlossen die Delegierten des Bezirksverbandes Ostberlin mit Mehrheit die Auflösung ihres Verbandes zu Ende November 1990 und sie empfahlen ihren Mitgliedern als Einzelpersonen um die Aufnahme in den DFV, Sitz Berlin zu bitten. Die Geschäftsstelle in der Gleimstraße, das Jugendstudio in Lichtenberg/Marzahn und der Mobilitätsdienst für Behinderte, Alte und Kranke in der Gleimstraße wurden als Projekte

---

<sup>39</sup> Vgl. Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive ..., S. 200/201.

<sup>40</sup> Kulturhistorisches Archiv des HVD, LV Berlin-Brandenburg, KdÖR, VdF 1 und vgl. Horst Groschopp/Eckhard Müller: Letzter Versuch einer Offensive ..., S. 202-205 und 209/210.

<sup>41</sup> Als VdF jung und doch schon geschichtlich belastet, in: Sächsischer Freidenker (Dresden), 1. Jg. Nr. 1, Juli/August 1990, in: Kulturhistorisches Archiv des HVD, LV Berlin-Brandenburg, KdÖR, VdF 1.

<sup>42</sup> Ebenda.

übernommen.<sup>43</sup> Es gab Widerstand und Diskussionen im Landesvorstand des DFV, Sitz Berlin, ob man überhaupt soziale Dienste anbieten wolle.<sup>44</sup>

Der DDR-DFV fusionierte schließlich am 1. Juni 1991 in Braunschweig mit dem gleichnamigen westdeutschen Verband, Sitz Dortmund. Zu diesem Zeitpunkt sollen dem ostdeutschen DFV noch etwa 3.500 Mitglieder angehört haben. Es entstand der gemeinsame Deutsche Freidenker-Verband, Sitz Dortmund. Dagegen wandten sich andere Verbände, allen voran der Ost/West gemischte DFV, Sitz Berlin, die mit der Freigeistigen Landesgemeinschaft Nordrhein-Westfalen energisch und schließlich erfolgreich auf einen humanistischen Verband zusteuerten, der im Januar 1993 zur Gründung gelangte.<sup>45</sup>

Die Westvereinigungen, die den HVD gründeten, waren überwiegend traditionelle Weltanschauungsverbände – ohne soziale Dienstleistungen. Die Interessenvereinigung der Konfessionslosen im Land Brandenburg und die Freien Humanisten Sachsen-Anhalt wurden 1993 Mitbegründer des HVD. Die Brandenburger und die Ostberliner betrieben Sozialprojekte wie Kindergärten bzw. einen Mobilitätsdienst. Die Abwesenheit von Dienstleistungen unterschied die West- von den Ostverbänden grundsätzlich. Ohne die Ostverbände hätte es keinen HVD mit Orientierung auf einen praktischen Humanismus gegeben.<sup>46</sup> Eine Verständigung über die gemeinsam zu tragenden Folgen der Existenz eines VdF in der Endzeit-DDR für die „säkulare Szene“ in Deutschland steht nach wie vor aus. So zu tun, als habe es auch hier die DDR nie gegeben, behindert strategische Überlegungen, zu denen immer auch historische Verortungen gehören.

Abschließend ein Satz aus einem Brief von Christa Wolf zur DDR-Geschichtsaufarbeitung aus dem Jahre 1991 an Wolfgang Thierse: "Unsere Verzweiflung wird, wenn wir sie zu formulieren wagen, uns als ´Nostalgie´ in den Hals zurückgestopft."<sup>47</sup>

Quelle: Vortrag am 27. Februar 2020 im Humanistischen Salon

---

<sup>43</sup> Ebenda.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> Vgl. Horst Groschopp: Pro Humanismus. Eine zeitgeschichtliche Kulturstudie. Mit einer Dokumentation, Aschaffenburg 2016, S. 14-20 und 171-182.

<sup>46</sup> In der Diskussion zum Vortrag wandte Manfred Isemeyer, langjähriger Geschäftsführer des HVD, LV Berlin-Brandenburg, kritisch ein, dass der DFV, Sitz Berlin seit seiner Gründung Veranstalter von Jugendweihen und seit 1986 Träger des Lebenskundeunterrichts an Schulen in Berlin-West ist und Impulse zum praktischen Humanismus ebenfalls von den humanistischen Verbänden der Niederlande, Belgiens, Norwegens und Frankreichs empfing und aufnahm. Vgl. Werner Schultz: 20 Jahre Mauerfall – Wo steht der HVD heute? In: diesseits (Berlin), 4. Quartal, Nr. 89/2009, S. 15-19.

<sup>47</sup> Christa Wolf an Wolfgang Thierse vom 21. September 1991, zit. in: Birgit Dahlke. Christa Wolf. Antifaschistin-Humanistin-Sozialistin, Würzburg 2019. S. 64.

